

Fiskus und Sozialkassen in Deutschland profitieren von Migranten

Die sieben Millionen Ausländer/innen in Deutschland stützen den Sozialstaat. Nach einer neuen Studie des Bonner Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA) zahlt jeder Migrant pro Jahr durchschnittlich 1840 Euro mehr Steuern und Beiträge an die öffentlichen Kassen, als er an Transferleistungen erhält. Demnach zahlte ein Ausländer im Jahr 2004 durchschnittlich 7390 Euro an den Staat und erhielt öffentliche Leistungen in der Höhe von 5500 Euro. «Das Stammtischgerede, dass Ausländer auf Kosten der Bundesbürger die Sozialsysteme ausplündern, ist blanker Unsinn», resümiert IZA-Forscher Holger Bonin. Auch auf lange Sicht betrachtet, profitiere der Sozialstaat von den Migranten. Nach IZA-Berechnungen wird jeder heute hier wohnende Ausländer im Laufe des Lebens etwa 11 000 Euro mehr an den Staat zahlen, als er bekommt. Zusammengerechnet ergibt sich daraus ein Betrag von 82 Milliarden Euro – unter der Annahme, dass die Wirtschaft langsam, aber stetig wächst und sich an den politischen Rahmenbedingungen nichts ändert. «In der Realität dürfte das Resultat noch besser ausfallen», so Bonin. «Denn angesichts der miserablen Staatsfinanzen wird die Politik in Zukunft mehr Steuern kassieren und weniger Transfers bezahlen.»

(Kassenarzt)

Rauchverbot in der Gastronomie

Der deutsche Bundesärztekammerpräsident Jörg-Dietrich Hoppe äussert sich zum Schutze der Kinder. «Eine kinderfreundliche Gesellschaft muss endlich den Schutz vor Passivrauch in allen öffentlichen Gebäuden und der Gastronomie gesetzlich festschreiben. Die Gesundheit unserer Kinder sollte allen politischen Verantwortlichen am Herzen liegen», so Hoppe. «Aber auch Eltern müssen ihrer Verantwortung gerecht werden. Wer raucht, schadet sich und vor allem seinem eigenen Kind», warnte Hoppe. Untersuchungen zeigten, dass fast jedes zweite Kind in Deutschland zu Hause dem krebserregenden Tabakrauch ausgesetzt ist und durch das schlechte Vorbild der Eltern zum Rauchen verleitet wird. «Erschreckend ist nach wie vor, dass Jugendliche in Deutschland beim Rauchen den europäischen Spitzenplatz einnehmen», erklärte der Ärztespräsident. Eltern und Kinder müssten deshalb gleichermassen über die lebensbedrohenden Gefahren des Rauchens und Passivrauchens aufgeklärt werden. «Umfassende und nachhaltige Präventionsmassnahmen sind unabdingbar und müssen mehr als bisher mit aller Kraft vorangetrieben wer-

den», forderte Hoppe. Jährlich sterben in Deutschland 3300 Nichtraucher an den Folgen des Passivrauchens. Noch immer aber sind in Deutschland Gastronomiebetriebe, Diskotheken und die Raucherabteile der Fernreisezüge durch Tabakkonsum stark belastet, wie die neueste Studie des Deutschen Krebsforschungszentrums zeigt. Besonders hohe Messwerte mit gesundheitsschädlichem Tabakrauch wurden in Diskotheken gemessen, die Treffpunkte von Jugendlichen sind. «Wir dürfen nicht nur über Generationengerechtigkeit reden, wir müssen auch Generationenverantwortung übernehmen», appellierte der Ärztespräsident an die verantwortlichen Politiker.

BÄK

Swissmedic: vingt retraits de lots de médicaments en neuf mois

Swissmedic a reçu au cours des neuf premiers mois de l'année 142 notifications de défauts de médicaments ou dispositifs. Dans vingt cas, un ou plusieurs lots ont été retirés du marché. La vie des patients n'a jamais été menacée, a indiqué Swissmedic. Onze notifications concernaient toutefois des défauts présentant un risque modéré pour la santé (classe II) et pouvant entraîner notamment des traitements erronés. Dans neuf cas, le risque était faible voire inexistant (classe III). Parmi les défauts constatés, Swissmedic cite des inhalateurs défectueux, destinés au traitement de l'asthme et pouvant entraîner un surdosage. En 2005, 38 lots de produits avaient

été retirés du marché au cours des neuf premiers mois.

(sda)

Alterung der Bevölkerung

Die EU-Kommission hat vor erheblichen Haushaltsrisiken wegen der Bevölkerungsalterung gewarnt. «Hochrisikoländer» seien Griechenland, Portugal, Ungarn, Tschechien, Slowenien und Zypern. Nötig seien eine Reduzierung der Defizite und des Schuldenstandes sowie Reformen bei den Renten, dem Gesundheitswesen und der Langzeitpflege, sagte EU-Währungskommissar Joaquín Almunia in Brüssel. Ungarn, Griechenland und Portugal haben jetzt schon grosse Probleme mit der Neuverschuldung. In die Gruppe mit einem mittleren Risiko gehören Deutschland, Frankreich, Italien und Grossbritannien. Den nordischen und den baltischen Staaten sowie Dänemark, Österreich und Polen attestierte Brüssel ein nur geringes langfristiges Budgetrisiko. Wegen sinkender Geburtenraten und längerer Lebenserwartung werden die Menschen im Durchschnitt immer älter. Die Brüsseler Behörde verabschiedete am Donnerstag ein Strategiepapier, das den 25 Mitgliedstaaten bei ihrer Anpassung an den demographischen Wandel helfen soll. Erster Punkt darin sind Hilfen für die EU-Bürger zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, «damit sie so viele Kinder bekommen können, wie sie wünschen». Die EU-Kommission ermahnte zudem, mehr ältere Menschen zu beschäftigen.

(sda)



Die EU-Kommission warnt vor erheblichen Haushaltsrisiken wegen der Bevölkerungsalterung.